

Berliner Börsen-Beitung.

Berlin, Mittwoch, Die Zeitung erscheint in der Woche zweifachmal. Bezugs-Preis: Vierteljährlich für Berlin 7 M., 50 Pf. ohne Postlohn...

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen: Verdingungs-Anzeiger. Hotels- und Bäder-Anzeiger. Vollständige Diebstahl-Listen der Freiwirtschaftlichen Klassen-Kategorie. Allgemeine Verlosungstafeln mit Restanten-Listen...

Telegramm-Adresse: Börsefronte.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8., Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Verantwortlicher: Amt I, Nr. 243.

Dazu als IV. Beilage: Verdingungs-Anzeiger.

Vom Tage.

Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung die Reichsfinanzgesetz-Vorlage in der Fassung der Kommission an und begann die erste Beratung des Schatzgeheimnisses.

Das Abgeordnetenhaus beschäftigt sich morgen mit der Interpellation Streib betreffend den hohen Wandelskont.

In der bayerischen Kammer der Abgeordneten gab gestern Finanzminister v. Pfaff in Antwort einer Interpellation Erklärungen über die Frage des Reichsbranntweinmonopols ab.

Wie aus Port au Prince gemeldet wird, haben die haitianischen Truppen Saint-Marc wieder eingenommen. Der Aufstand scheint im Abnehmen begriffen zu sein.

Parlamentarisches aus England.

Am 29. d. M. wird das englische Parlament wieder zusammentreten, etwa drei Wochen früher, als es sonst üblich gewesen ist. Es ist das eine wohlüberlegte Maßnahme, denn es liegt eine Fülle von Arbeitstoff vor, dessen Erledigung voraussichtlich viel Zeit beanspruchen wird...

In der Thronrede, mit der das Parlament in feierlicher Form eröffnet werden soll, werden, wie bereits bekannt gegeben worden ist, folgende Befehle in Aussicht gestellt werden: Ein Unterrichtsgesetz, dessen Grundgedanken die Einführung einer öffentlichen Kontrolle und die Aufhebung der Religionsprüfungen für Lehrer umfassen. Ein Eigenesetz (Schutzgesetz). Ein Universitätsgesetz für Irland. Die Einführung des Abstinenzgesetzes für Vergleite. Ein Kindererziehungsgesetz, ein Wohnungsgesetz und Bill über den Umbau des Londoner Hafens. Daneben läuft noch eine Reihe von anderen Fragen, in deren Erörterung einzutreten die Regierung nicht wird vermeiden können...

Gerne wird die Forderung der Einführung einer Heeresdienstpflicht in irgend einer Form kaum große Verhandlungen zur Folge haben. Die Abneigung gegen die obligatorische Militärdienstpflicht ist in England viel zu groß, als daß irgend eine Partei es wagen würde, ernstlich einen solchen Versuch zu befehlen. Wenn der Unterstaatssekretär für die Kolonien, Winston Churchill, richtig informiert ist, und das ist wohl anzunehmen, da er unmittelbar vor seiner Abreise in England mit dem Premierminister Campbell-Bannerman in Paris verhandelt hat, wird nach dem von ihm in einer Rede entworfenen Programm, die

Session des Jahres 1908 hauptsächlich der Altersversicherung gewidmet sein und die nächste der Reform der Besteuerung des Großgrundbesitzes. Erst das Jahr 1910 soll dann den schon oft angeführten Kampf gegen das Oberhaus bringen, wohl in der Voraussetzung, daß bis dahin die liberale Regierung sich durch Einführung sozialer Reformen eine so starke Stellung geschaffen haben wird, daß sie in ihr in dem Reigen mit der Reichskammer den erforderlichen Rückhalt finden kann.

Ob diese Voraussetzung richtig ist, ist freilich eine jetzt noch gar nicht zu beantwortende Frage. Die sozialen Probleme, an deren Lösung man sich heranwagen will, bieten außergewöhnliche Schwierigkeiten, deren Bewältigung alle Kräfte in Anspruch nehmen wird. Dazu gehört in erster Reihe die Alterspension. Nach den bisher bekannt gewordenen Aufstellungen soll diese Pension allen Staatsbürgern ohne Rücksicht auf die Bedürftigkeit aus Staatsmitteln gewährt werden, ein gewiß ebenso humaner als großzügiger Gedanke. Ueber die Altersgrenze, an der die Pension fällig werden soll, ist man sich noch nicht recht einig geworden und schwankt zwischen 60, 65 und 70 Jahren. So schön diese Idee auch ist, in der rauhen Wirklichkeit läßt sie auf schwer zu überwindende Hindernisse stoßen. Je nach der Altersgrenze werden die Kosten auf 240-800 Millionen Mark eingeschätzt, Summen, deren Aufbringung selbst dem 'reichen' England nicht ganz leicht fallen dürfte. Tatsächlich erhebt sich schon jetzt der Schatzkanzler Asquith schwere Bedenken angedächts der von allen Seiten, namentlich vom Heeres- und Marineamt herantretenden Ansprüche. Er soll bereits darauf hingewiesen haben, daß er für die Zwecke der Alterspension kaum mehr als 100 bis 120 Millionen Mark in das Budget einbringen könne in der Lage sein würde, wenn man nicht die Steuerlasten wieder in Tätigkeit setzen wolle; und das würde böses Blut machen, fordert doch gerade der Mittelstand, der die Hauptstütze der Liberalen bildet, dringend eine Erhöhung der seit dem Burenkrieg erheblich gesteigerten Einkommensteuer.

Das Parteienverhältnis im Unterhause hat sich nicht wesentlich geändert, es gewährleistet selbst unter den ungünstigsten Kombinationen, also wenn sich alle anderen Parteien gegen sie verbänden sollten, den Liberalen eine Mehrheit von etwa 80 Stimmen.

Telegramme.

Posen, 21. Januar. (G. T. C.) Wie von zuständiger Stelle berichtet wird, ist daselbst von der von einem Berliner Blatte als bevorstehend gemeldeten Ernennung des Domherrn Koske in Gnesen zum Erzbischof von Gnesen-Posen absolut nichts bekannt.

Sannover, 21. Januar. (G. T. C.) Heute mittag waren etwa 600 Arbeitslose vor dem Geschäftshaus einer hiesigen Zeitung versammelt, um den dort ausgegebenen Arbeitsmarkt in Empfang zu nehmen. Einer der Arbeitslosen wurde gegen einen der die Ruhe aufrechterhaltenden Soldaten tätlich, indem der Beamte geschwungen war, von seinem Säbel Gebrauch zu machen. Daraufhin drangen mehrere andere Arbeitslose mit offenem Messer auf den Beamten ein. Einer der Ergrebenen wurde so verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Sambura, 21. Januar. (G. T. C.) Nach einer beim Generalkonsul der Republik Guatemala, Carrillo, eingetroffenen Depesche des Ministers des Auswärtigen, Barrios, traf heute der erste Zug der neuen Transkontinental-Eisenbahn, die den Stillen Ozean mit dem Atlantischen Ozean verbindet, von Puerto Barrios in Guatemala ein. Präsident Escobar Cabrera, die Minister, das diplomatische Soudie sowie eine nach Tausenden zählende Menge erwartete auf dem Bahnhof den Zug, der mit großer Begeisterung empfangen wurde. Präsident Cabrera, der deutsche Gesandte Graf Schwerin, der österreichische Gesandte General Davis u. a. hielten Neben,

worin sie die Bedeutung der neuen Bahn für Handel und Gewerbe hervorhoben. Die friedliche Entwicklung des Landes gelte als gesichert.

München, 21. Januar. (G. T. C.) Die Kammer der Abgeordneten beriet heute nachmittag die Interpellation des Zentrum, wie sich die bayerische Regierung zu dem Gedanken der Einführung des Reichsbranntweinmonopols verhalte und wie sie die in der Reichsverfassung und in der bisherigen Branntweinsteuer-Gesetzgebung gewährleisteten Reservatrechte Bayerns zu wahren gedenke. Freiherr v. Freyberg (Ztr.) wies bei Begründung der Interpellation jeden Gedanken an ein Monopol zurück. Man dürfe die volkswirtschaftlich wichtige Branntweinbrennerei nicht von fiskalischen Gesichtspunkten abhängig machen. Das bayerische Reservatrecht könne nicht ohne Zustimmung Bayerns abgeändert werden. Finanzminister v. Pfaff betonte, daß das Reich notwendig seine eigenen Einnahmen vermehren müsse, aber nicht durch Einführung direkter Steuern. In letzter Zeit sei die Erhöhung der Branntweinsteuer erwogen worden, ein bezüglicher Gesetzentwurf sei aber im Bundesrat noch nicht durchgesehen. Es solle den bestehenden Brennereien ihr bisheriger Betrieb gewährleistet werden, auch solle ein Reichsamt geschaffen werden, das den Branntwein von der Brennerei kauft, zu einem Preis, der den Kosten der Herstellung entspricht. Die Schlempe verbleibe kostenlos den Brennereien. Die Reichsstelle besorge die Reinigung des Branntweins und schließe mit den bestehenden Reinigungsanstalten Verträge ab. Süddeutschland erhalte eine besondere Vorzugsstellung. Die Durchführung der Bestimmungen verbleibe den Einzelstaaten, das Reich wolle im allgemeinen nur die Tätigkeit der Spirituszentrale übersehen. Die bayerische Regierung glaube diesem Entwurf nicht widersprechen zu sollen. Das bayerische Reservatrecht werde selbstverständlich in vollem Umfang gewahrt werden. Die Abänderung sei von der vorherigen Zustimmung des Landtages abhängig. Das Reservatrecht besetze für Bayern in der Richtung, daß das Kontingent nicht abgeändert werden könne, ohne seine Zustimmung. Die jetzigen Reservatrechte könnten freilich in das neue Gesetz nicht unverändert übernommen werden, es sei aber vorgezogen, daß neue Reservatrechte geschaffen werden. Ueber Art und Umfang seien Verhandlungen im Gange. Sollte es nicht gelingen, einen vollwertigen, dauernden Vertrag für das Reservatrecht zu erlangen, dann werde Bayern gegen die Abänderung der geltenden Bestimmungen stimmen.

München, 21. Januar. (G. T. C.) Die Allgemeine Zeitung meldet, daß Professor der Archäologie Volkers in Würzburg einen Auf als Nachfolger des Professor Furzbränger an der Universität München erhalten habe.

Metz, 21. Januar. (G. T. C.) Der achtzehnjährige Fuhrmann Emil Thoubertin aus Pich, der am 12. Dezember d. J. in Pich die achtzehnjährige Frau Duret und ihren Sohn ermordet und verurteilt hat, ist von dem hiesigen Schwurgericht wegen Mordmordes zum Tode verurteilt worden.

Salsburg, 21. Januar. (G. T. C.) Heute vormittag um elf Uhr erfolgte die feierliche Einsegnung der Leiche des Großherzogs von Toskana in Anwesenheit der großherzoglichen Familie, des Prinzen Leopold von Bayern und Gemahlin, des Prinzen Georg, Konrad und Heinrich von Bayern, des Herzogs Ferdinand von Calabrien, des Bürgermeisters der Stadt Lindau, der Spitzen des Staats und des Landes und Militärbefehlshaber. Am nachmittag erfolgte die Ueberführung der Leiche nach dem Bahnhof. Militär und Vereine bildeten Spalier. Um 4 Uhr verlief der Zug den Bahnhof.

Paris, 21. Januar. (G. T. C.) General d'Amade telegraphierte, daß der Angriff auf der Westfront das Gebiet der Schaufastämme nicht ganz beruhigt habe, doch mache die Verhütung dank der Organisation der französischen Verbindungsstellen und der beweglichen kolonnen Fortschritte.

Paris, 21. Januar. (G. T. C.) In der heute hier abgehaltenen Versammlung der Arbeiterpartei wurde ein sozialistischer Antrag eingebracht, das Statut der Partei dahin abzuändern, daß als ihr letztes Ziel die Beseitigung des Kapitalismus und die Verstaatlichung des Eigentums auf-